



**Freie  
Demokraten**

**FDP Frankfurt**

# **ANTRAGSBUCH**

**MITGLIEDERVERSAMMLUNG FDP FRANKFURT**

**21. SEPTEMBER 2024**

## Anträge

- (1) Weniger Sozialismus wagen
- (2) Staatliche Förderung des Vermögensaufbau vs. Besteuerung
- (3) Abklingperiode vor der Ehrung von (ehemaligen) politischen Amts- und Mandatsträgern mit dem Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland
- (4) Jetzt pragmatische Verkehrspolitik für Frankfurt – keinen Blankoscheck dem Dezernenten
- (5) „Auf einem Rad kann man nicht fahren“ - 9 Punkte für den planvollen Ausbau des Radverkehrs statt willkürlichen roten Flickenteppich
- (6) Lückenschluss U4
- (7) Beschlussanpassung Dippemess

**Mitgliederversammlung am 21.09.2024**

	Ja	Nein	Enthaltung	Bemerkungen
<b>Beschluss</b>				
<b>Überweisung KFA</b>				
<b>Überweisung Römerfraktion</b>				
<b>Überweisung KV</b>				

Antragsteller: Falk Thore Gebhardt

**(1) Weniger Sozialismus wagen**

Die Kreismitgliederversammlung möge beschließen:

- 1 Die Freien Demokraten Frankfurt am Main sprechen sich dafür aus, dass wie in den USA oder
- 2 in der Schweiz der Länderanteil an der Einkommenssteuer durch jedes Bundesland selbst
- 3 festgelegt werden kann.

**Begründung:**

Nur weil andere Bundesländer wie Berlin schlecht wirtschaften, sollten nicht alle Bundesbürger darunter leiden.

**Mitgliederversammlung am 21.09.2024**

	Ja	Nein	Enthaltung	Bemerkungen
<b>Beschluss</b>				
<b>Überweisung KFA</b>				
<b>Überweisung Römerfraktion</b>				
<b>Überweisung KV</b>				

Antragsteller: Markus Schaible, Thorsten Sinning, Dr. Thomas Lau, Yves Roth, Günter Pelke

**(2) Staatliche Förderung des Vermögensaufbau vs. Besteuerung**

Die Kreismitgliederversammlung möge beschließen:

- 1 Wir Freien Demokraten setzen uns für eine unverzügliche Abschaffung des
- 2 Solidaritätszuschlags<sup>1</sup> auf Kapitalerträge ein.
- 3 Diese Erhebung des „Soli“ widerspricht dem Ziel breite Bevölkerungsschichten beim Vermö-
- 4 gensaufbau im Rahmen der vermögenswirksamen Leistungen (vL) zu unterstützen. Die dazu
- 5 vom Staat gewährte nicht treffsichere Förderung / Subvention „Arbeitnehmersparzulage“ soll
- 6 zur Gegenfinanzierung gestrichen werden.

**Begründung:**

Der Staat fördert den Vermögensaufbau bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern<sup>2</sup> unter bestimmten Bedingungen (für Details siehe den Artikel in der Anlage). Hierbei handelt es sich um eine wenig treffsichere Förderung / Subvention. Andererseits werden die Erträge aus dem Vermögensaufbau bei Übersteigen des Sparerbreibertrags (1.000 €<sup>3</sup>) der Besteuerung unterworfen. Neben Abgeltungssteuer (ggfls. zusätzlich Kirchensteuer) wird auf die Kapitalerträge unabhängig von der Einkommenshöhe Solidaritätszuschlag erhoben.

---

<sup>1</sup> Unser Ziel ist unverändert die vollständige Abschaffung (Siehe BTW-Programm Seite 9). Da dies in der aktuellen Regierungskonstellation nicht möglich ist, kann dieser Antrag als Zwischenschritt betrachtet werden

<sup>2</sup> Es handelt sich um eine einseitige Privilegierung von abhängig Beschäftigten, während Pensionäre, Rentner oder Selbstständige nicht gefördert werden

<sup>3</sup> Entspricht einen Vermögen von 50.000€ bei einer 2%igen Verzinsung (EZB Inflationsziel), 40.000€ bei 2,5% (entspricht dem anvisierten reduzierten Schonvermögen für Bürgergeld Empfänger)

Während der Solidaritätszuschlag seit 2021 für 90% der Steuerzahler bei der Einkommenssteuer<sup>4</sup> entfallen ist, wird dieser einkommensunabhängig auf alle Kapitalerträge, die den Sparerfreibetrag übersteigen, abgezogen. Lediglich im Zuge der Günstigkeitsbeurteilung kann es bei besonders niedrigen Einkommen zu Erstattungen kommen.

Hieraus ergibt sich eine widersprüchliche Situation. Einerseits soll der Vermögensaufbau mit einer nicht zielgenauen Subvention gefördert werden. Andererseits wird der Erfolg des Vermögensaufbaus unverhältnismäßig durch den Solidaritätszuschlag belastet.

Daher soll der Solidaritätszuschlag auf Kapitalerträge schnellstmöglich abgeschafft werden. Durch die Streichung der Arbeitnehmersparzulage ist eine (teilweise) Gegenfinanzierung gegeben. Die Widersprüchlichkeit der aktuellen Situation wird aufgehoben ohne dass die Rendite dadurch unverhältnismäßig leiden würde, wie das im Artikel aufgeführte Beispiel belegt.

Anlage: Geldgeschenk mit Boostereffekt<sup>5</sup>

The big picture: Wenn es Geld vom Staat gibt, sagt in der Regel keiner von uns nein. Bei einer staatlichen Zuwendung wie den vermögenswirksamen Leistungen (VL) sieht es anders aus. Einer aktuellen Studie von Union Investment zufolge wissen zwar 95 Prozent der Befragten, was das ist. Überraschenderweise haben aber auch 85 Prozent der Menschen angegeben, noch nichts von einer Erhöhung der Fördergrenzen gehört zu haben. 60 Prozent glauben, nicht zulageberechtigt zu sein. In beiden Fällen sind dies oft teure Fehleinschätzungen.

Warum das wichtig ist: Die Förderhöchstgrenzen wurden zur Jahreswende verdoppelt und seitdem sind Millionen Bürger zusätzlich zulageberechtigt. Voraussetzung für die staatliche Unterstützung ist, dass der Arbeitnehmer direkt vom Lohn einen fixen Betrag pro Monat in einen speziellen VL-Vertrag abführt. Meistens gibt der Arbeitgeber etwas dazu, die Höhe der Zuschüsse variiert. Der Staat unterstützt diese Sparform durch die jährliche Arbeitnehmersparzulage – sofern das zu versteuernde Einkommen unter einer bestimmten Schwelle liegt. Bis Ende 2023 lag die Grenze bei 20.000 Euro, dann wurde sie auf 40.000 Euro verdoppelt.

Maßgeblich ist das zu versteuernde Einkommen nicht der Bruttolohn, der deutlich höher ausfallen kann. Alleinstehende ohne Kinder könnten so beispielsweise rund 51.200 Euro pro Jahr verdienen, verheiratete Doppelverdiener mit einem Kind bis zu 113.000 Euro und mit zwei Kindern bis zu 124.200 Euro. Schätzungen zufolge sind seit diesem Jahr rund 35,2 Millionen Deutsche förderberechtigt – faktisch also fast eine Person in jedem Haushalt.

Sei smart: Anleger sollten sich diese Möglichkeit nicht entgehen lassen. Selbst, wenn ein Arbeitgeber kein Geld dazugeben sollte, bliebe immer noch die staatliche Förderung als Extra-Bonus. Die Arbeitnehmersparzulage beträgt 20 Prozent und maximal 80 Euro pro Jahr, wenn die vermögenswirksamen Leistungen in einen Aktiensparplan fließen. Dazu muss der Beschäftigte selbst mindestens 400 Euro im Jahr einzahlen, also 33,33 Euro im Monat und zwar sechs Jahre lang. Im siebten Jahr ruht die Geldanlage, danach kann der Arbeitnehmer frei darüber verfügen.

Die Beträge wirken auf den ersten Blick gering. Vielleicht ist das ein Grund dafür, dass viele die Zuschüsse von Arbeitgeber und Staat nicht beachten. Eine Beispielrechnung zeigt, dass man damit auf viel Geld verzichtet: Angenommen ein Arbeitnehmer begann, im Juni 2017 VL-Beiträge von 34 Euro.

---

<sup>4</sup> Eigentlich soll der Solidaritätszuschlag erst ab Einkommen von 96.820 Euro (Alleinstehende) beziehungsweise 193.641 Euro (Verheiratete) gezahlt werden. <https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.wer-muss-soli-bezahlen-mhstd.a13c5bfe-323d-4817-9429-420d00e0f85a.html> Das wird aber bei der Kapitalertragssteuer umgangen.

<sup>5</sup> Aus dem WELT Newsletter „Alles auf Aktien“ vom 12.07.2024

pro Monat in den ETF auf den iShares MSCI World (WKN: A0RPWH) zu investieren. Nach sechs Jahren, im Juni 2023, hatte er dann insgesamt 2448 Euro in den Vertrag eingezahlt – aufgrund der Wertsteigerungen am Aktienmarkt waren daraus zu diesem Zeitpunkt aber bereits 3182 Euro geworden. Danach lagen die ETF-Anteile ein Jahr im VL-Depot und gewannen weiter an Wert: Im Juni 2024 waren es 4023 Euro. Nun zahlt der Fiskus noch die Zulage, insgesamt 480 Euro, sodass am Ende ein Depotwert von rund 4500 Euro steht, bei Einzahlungen von 2448 Euro – ein Gewinn von rund 80 Prozent. 20 Prozentpunkte davon stammen allein aus der Zulage des Staates. Sie bleiben selbst dann bestehen, wenn die Aktienkurse stagnieren.

Wer künftig auch profitieren möchte, sollte sich zunächst einen VL-Sparvertrag suchen. Die gibt es bei den großen Filialbanken, die aber oft nur aktiv gemanagte Fonds mit hohen Verwaltungsgebühren anbieten. Auch einige Online-Banken oder Fondsvermittler bieten VL-Verträge auf börsenhandelte Indexfonds (ETFs) an. Die Suche und Auswahl danach ist zwar etwas aufwendiger, spart aber über die Jahre viel Geld. Nach Abschluss des Vertrags müssen dem Arbeitgeber noch die Unterlagen übermittelt werden, damit dieser jeden Monat den gewünschten Betrag direkt in den Fonds einzahlen kann. Die Arbeitnehmersparzulage muss dann noch jedes Jahr über die Steuererklärung beantragt werden.

Selbst diejenigen, die sie sich nicht sicher sind, ob ihr zu versteuerndes Einkommen mit der neuen Regelung eventuell unter der Fördergrenze liegt, sollten die Zulage beantragen – das Schlimmste, was passieren kann, ist, dass das Finanzamt ablehnt und das Geld nicht ausbezahlt wird. Die vermögenswirksamen Leistungen können übrigens auch in einen Bausparvertrag fließen. Hier unterscheiden sich die Bedingungen jedoch leicht.

## Mitgliederversammlung am 21.09.2024

	Ja	Nein	Enthaltung	Bemerkungen
<b>Beschluss</b>				
<b>Überweisung KFA</b>				
<b>Überweisung Römerfraktion</b>				
<b>Überweisung KV</b>				

Antragsteller: KFA Liberale Grundwerte (Markus Schaible, Michael Bross, Dr. Manfred Kircher, Ingrid Häußler, Dr. Michael Marquardt), Yves Roth, Günter Pelke, Dr. Matthias Petras

**(3) Abklingperiode vor der Ehrung von (ehemaligen) politischen Amts-  
und Mandatsträgern mit dem Verdienstorden der Bundesrepublik  
Deutschland**

Die Kreismitgliederversammlung möge beschließen:

- 1 Wir Freien Demokraten setzen uns dafür ein, dass vor der Vergabe der höchsten Ehrung der
- 2 Bundesrepublik Deutschland, dem Bundesverdienstorden, an (ehemalige) politische Amts-
- 3 und Mandatsträger eine angemessene Abklingperiode von mindestens einer
- 4 Legislaturperiode liegt.
- 5 Hierdurch soll sichergestellt werden, dass diese Ehrung nicht durch (mutmaßliche) politische
- 6 Gefälligkeiten entwertet wird. Insbesondere muss der Anlass der Ehrung weit über die
- 7 Pflichterfüllung des Mandats hinausgehend sein und den „test of time“ bestanden haben.

**Begründung:**

„Der Verdienstorden, umgangssprachlich auch als Bundesverdienstkreuz bezeichnet, ist die höchste Anerkennung, die die Bundesrepublik für Verdienste um das Gemeinwohl ausspricht. Er wird für politische, wirtschaftlich-soziale und geistige Leistungen verliehen.

Der Verdienstorden wird an in- und ausländische Bürgerinnen und Bürger für politische, wirtschaftlich-soziale und geistige Leistungen verliehen sowie darüber hinaus für alle besonderen Verdienste um die Bundesrepublik Deutschland.“<sup>1</sup>

Die in der jüngeren Vergangenheit beobachtete Verleihung des Bundesverdienstordens an (ehemalige) politische Amts- und Mandatsträger relativ kurz nach Beendigung der Amtszeit / Mandatsausübung könnte den Eindruck erweckt haben, dass hier politische Weggefährten aus Gefälligkeit gewürdigt werden.

Dies ist nicht im Sinne unseres Verständnisses dieser Auszeichnung. Daher setzen wir uns für einen angemessenen zeitlichen Abstand von Amtszeit-/Mandatsbeendigung zur Ehrung durch den Bundespräsidenten ein. Nach Ablauf einer Legislaturperiode sollte die Wahrscheinlichkeit, dass der Zeitablauf die ehrwürdige Leistung als unzweifelhaft gegeben zu bestätigen und über jeden Verdacht der Gefälligkeit erhaben ist, soweit gestiegen sein, dass eine objektive Entscheidung über die Ehrung erfolgen kann.

---

<sup>1</sup> Quelle: [https://www.bundespraesident.de/DE/amt-und-aufgaben/orden-und-ehrunge/verdienstorden/verdienstorden\\_node.html](https://www.bundespraesident.de/DE/amt-und-aufgaben/orden-und-ehrunge/verdienstorden/verdienstorden_node.html)

**Mitgliederversammlung am 21.09.2024**

	Ja	Nein	Enthaltung	Bemerkungen
<b>Beschluss</b>				
<b>Überweisung KFA</b>				
<b>Überweisung Römerfraktion</b>				
<b>Überweisung KV</b>				

Antragsteller: Hans-Joachim Otto, Dr. Thorsten Lieb, Stephanie Wüst, Dr. Uwe Schulz, Nathaniel Ritter, Ina Klemm, Prof. Dr. Markus C. Funke, Judit Günther, Ingrid Häussler, Max Hunzinger, Ralph Lange, Carina Leidig, Torsten Leidig, Dr. Barbara Merle, Sabine Otto-Just, Thomas Osswald, Michaela Ronge, Stefanie Schanz, Vijay Vankadari, Rainer Venino, Dr. Reimar Witzel, Sven-Erik Holm, Sebastian Papke, Yanki Pürsün

**(4) Jetzt pragmatische Verkehrspolitik für Frankfurt – keinen Blankoscheck dem Dezernenten**

Die Kreismitgliederversammlung möge beschließen:

- 1 1. Im Einklang mit dem Koalitionsvertrag verfolgt die FDP Frankfurt weiterhin eine  
2 moderne Mobilitätspolitik, um alle Verkehrsarten und -wege schneller, ökologischer,  
3 sicherer und zuverlässiger zu machen. Dabei sollen alle Teilnehmer frei entscheiden  
4 können, welches Verkehrsmittel sie jeweils nutzen wollen.
- 5 2. Die FDP Frankfurt bekräftigt den – einstimmigen – Beschluss ihrer  
6 Mitgliederversammlung vom 22.06.2024, dass der vom Mobilitätsdezernenten  
7 vorgelegte Masterplan Mobilität vorerst nicht annahmefähig ist, weil er in –  
8 entscheidenden - Teilen weder mit den vorstehenden Zielen noch mit zentralen  
9 Vereinbarungen des Koalitionsvertrages im Einklang steht, einer politischen  
10 Entscheidung über die zukünftige Mobilitätsstrategie vorgreift, die Szenarien „Effizienz“  
11 und „Umstieg“ in ein künstliches Ausschlussverhältnis stellt und überdies unterstellt,  
12 ein Szenario „Effizienz“ stelle den Menschen nicht in den Mittelpunkt aller verkehrlichen  
13 Überlegungen.

- 14 3. Die FDP Frankfurt fordert ihre Koalitionspartner auf, gemeinsam an der Umsetzung der  
15 europarechtlichen Vorgaben ohne Scheuklappen und Vorfestlegungen zu arbeiten und  
16 sich dabei vorrangig und zeitnah stattdessen gemeinsam auf eine „Positivliste“  
17 konkreter verkehrspolitischer Maßnahmen zu verständigen, die noch in dieser  
18 Wahlperiode für die Bürgerinnen und Bürger angegangen werden können, wie  
19 insbesondere den Bau zusätzlicher und die Erweiterung bestehender Park + Ride-  
20 Anlagen, Neubau und Ausbau von Quartiergaragen in den Stadtteilen, Verbesserung der  
21 Erreichbarkeit der Parkhäuser in der Innenstadt (insbesondere das Karstadt-Parkhaus  
22 und das städtische P&C-Parkhaus) bei gleichzeitiger Steigerung der Aufenthaltsqualität,  
23 Verstärkung der ÖPNV-Taktung, die zügige Entscheidung über den U4-Lückenschluss  
24 und den Verlauf der Regionaltangente West, die Forcierung der Unterstützung der  
25 Beseitigung der Kapazitätsengpässe im Autobahnnetz um Frankfurt mit dem Ziel, den  
26 Verkehr zu beschleunigen, flüssiger zu machen und endlich den notwendigen  
27 Lärmschutz zu schaffen, Bündelung von Radverkehr, Logistikkonzept im Kontext der  
28 Planungen zur Sicherstellung und Erweiterung von Gewerbeflächen, Dreischichtbetrieb  
29 für Baustellen an neuralgischen Punkten, KI- und App-gestützte intelligente Mobilitäts-,  
30 Ampel- und Parkleitsysteme u. a. zur Reduzierung des Parkplatzsuchverkehrs.
- 31 4. Die FDP Frankfurt fordert, dass das Dezernat XII – Mobilität eine vollständige Liste  
32 sämtlicher Maßnahmen des Dezernats im Bereich Mobilität und Infrastruktur (bauliche  
33 Veränderungen, Erhaltungsmaßnahmen, Änderungen von Verkehrsführungen,  
34 Änderungen der Flächennutzungen etc.), die bis Ende 2026 begonnen werden sollen,  
35 erarbeitet und der Koalition vorlegt. Diese Liste ist ständig aktuell zu halten und  
36 sämtliche Änderungen sind unverzüglich in die Liste aufzunehmen.
- 37 5. Die FDP Frankfurt fordert, dass keine Maßnahmen erfolgen und begonnen werden,  
38 bevor die geplante Maßnahme nicht in die Liste aufgenommen und der Koalition  
39 bekannt gegeben worden ist.
- 40 6. Die FDP Frankfurt fordert, dass ab sofort über alle entsprechenden Maßnahmen, welche  
41 nach Einschätzung eines Koalitionspartners die Effizienz und Leistungsfähigkeit der  
42 städtischen Verkehrsinfrastruktur beeinträchtigen können, vorab Einvernehmen unter  
43 den Koalitionspartnern hergestellt werden muss, das einseitige Anordnungsrecht des  
44 Mobilitätsdezernenten aus § 45 Straßenverkehrsordnung also insoweit politisch  
45 abbedungen wird.

46 7. Die FDP Frankfurt bekräftigt ihre Forderung an den Magistrat, keine weiteren die  
47 Effizienz des Verkehrs einschränkende Maßnahmen zu veranlassen, bevor die  
48 konkreten Auswirkungen jeder Maßnahme auf die Erreichbarkeit der sozialen und  
49 gewerblichen Infrastruktur (z.B. Ärzte, Kitas und Schulen, Handel) sowie auf Umwelt und  
50 Klima wissenschaftlich unabhängig geklärt sind. Das gilt insbesondere auch für den  
51 Mainkanal.

**Begründung:**

Erfolgt mündlich

**Mitgliederversammlung am 21.09.2024**

	Ja	Nein	Enthaltung	Bemerkungen
<b>Beschluss</b>				
<b>Überweisung KFA</b>				
<b>Überweisung Römerfraktion</b>				
<b>Überweisung KV</b>				

Antragsteller: KFA Verkehr und Mobilität

**(5) „Auf einem Rad kann man nicht fahren“ -  
9 Punkte für den planvollen Ausbau des Radverkehrs statt willkürlichen roten Flickenteppich**

Die Kreismitgliederversammlung möge beschließen:

- 1 Für die FDP ist der Radverkehr neben dem ÖPNV, den Fußgängern und dem Auto eine der vier
- 2 wichtigen Säulen der Mobilität in Frankfurt. Die Stadt hat seit der Kommunalwahl 2021 große
- 3 Schritte gemacht, aber leider keine zusammenhängenden Fahrradwege hinbekommen. Der
- 4 an vielen Ecken mehr zufällig und willkürlich als planvoll zustande gekommene rote
- 5 Flickenteppich muss zu einem Gesamtkonzept erweitert werden.
- 6 Dazu gehören...
- 7 1. durchgehende Radwege auf den zentralen Routen durch die Stadt. Plötzlich endende
- 8 Radwege, gefährliche Einfädelungen und drangvolle Enge auf Verkehrsinseln müssen
- 9 aufgelöst werden zu Gunsten durchgehender Radwege.
- 10 2. sichere Anbindungen aller weiterführenden Schulen, Schwimmbäder, Krankenhäuser und
- 11 der Hochschulen. Die Beschilderung ist entsprechend aufzubauen.
- 12 3. stadtweite Kampagnen für das aufmerksame, achtsame Miteinander im Straßenverkehr ist
- 13 dringend notwendig, um das gestresste und allzu oft aggressive Fahrverhalten von Autos und
- 14 Fahrrädern zu entspannen.

- 15 4. Die Profis im Stadtverkehr (z.Bsp. Busfahrer, Kurierdienste, Taxis, Müllabfuhr, Rikscha)  
16 sollten dabei als Multiplikatoren für ein entspannteres Miteinander angeworben werden.  
17 Dabei könnte eine Plakette, ein gestifteter Preis oder ein Maskottchen hilfreich sein.
- 18 5. komfortable oder überhaupt eine Anbindung der Stellen, wo der Umstieg vom ÖPNV auf  
19 das Rad passiert (Haupt-, Süd, West- und Ostbahnhof, Fernbahnhof Flughafen).
- 20 6. die Prüfung einer neuen Fahrradbrücke über den Main zur Anbindung des Radschnellweges  
21 aus Darmstadt kommend. Der Holbeinsteg ist auf Dauer zu klein für Fußgänger und Radfahrer.
- 22 7. die Ausweisung von zusätzlichen Grünen Pfeilen für Radfahrer an Stellen, wo der Radfahrer  
23 rechts wieder auf einen Radweg kommt. Zum Beispiel am Ende der Bockenheimer Landstraße  
24 vor der Alten Oper.
- 25 8. die Verwirklichung einer Fahrradfähre in den Sommermonaten auf dem Main, die von  
26 Niederrad über den Eisernen Steg bis zur EZB und Gerbermühle in Kooperation mit der VGF  
27 und der lokalen Schifffahrt verkehrt. Diese Fähre sollte insbesondere morgens und abends  
28 Pendler befördern.
- 29 9. ausreichende und sichere Abstellmöglichkeiten. Der Wert der Räder hat sich in den letzten  
30 Jahren vervielfacht. Aber gesicherte Abstellmöglichkeiten fehlen an allen Bahnhöfen und in  
31 allen Stadtteilen. Dabei sollten auch Konzepte des Vallet-Parking geprüft werden.

**Begründung:**

Erfolgt mündlich

**Mitgliederversammlung am 21.09.2024**

	Ja	Nein	Enthaltung	Bemerkungen
<b>Beschluss</b>				
<b>Überweisung KFA</b>				
<b>Überweisung Römerfraktion</b>				
<b>Überweisung KV</b>				

Antragsteller: Dr. Uwe Schulz, Marina Sedlo, Hans-Joachim Otto, Sven Holm, Dr. Sophie Hartmann, Peter-Paul Thoma, Marco Findeisen, Nathaniel Ritter

**(6) Lückenschluss U4**

Die Kreismitgliederversammlung möge beschließen:

- 1 Der FDP-Kreisverband Frankfurt befürwortet einen Lückenschluss der U4. Er spricht sich
- 2 hierbei für die Variante „Haltestelle Universitätscampus“ aus.

**Begründung:**

Der Lückenschluss der U4 ist erforderlich, um eine optimale Anbindung an die Universität umzusetzen. Bislang ist ein U-Bahn-Anschluss nur durch die U-Bahnlinien in der Eschersheimer Landstraße gegeben. Unter den mehreren zur Diskussion stehenden Varianten ist derjenigen den Vorzug zu geben, die eine unterirdische Haltestelle am Universitätscampus vorsieht. Dieser Variante ist unter Verkehrs-, Umwelt- und Naturschutzgesichtspunkten der Vorzug zu geben gegenüber den Varianten, die eine Haltestelle am Botanischen Garten vorsehen.

**Mitgliederversammlung am 21.09.2024**

	Ja	Nein	Enthaltung	Bemerkungen
<b>Beschluss</b>				
<b>Überweisung KFA</b>				
<b>Überweisung Römerfraktion</b>				
<b>Überweisung KV</b>				

Antragsteller: Markus Schaible, Dr. Thomas Lau

**(7) Beschlussanpassung Dippemess**

Die Kreismitgliederversammlung möge beschließen:

- 1 Die Kreismitgliederversammlung möge beschließen den im Jahr 2022 gefassten Beschluss
- 2 „Realisierung des Neubaus der Europäischen Schule / Gründliche Umzugsplanung für
- 3 Dippemess“<sup>1</sup> den aktuellen Gegebenheiten anzupassen. Dazu wird der Text beginnenden mit
- 4 dem Satz „Medienberichten zufolge wurde mit dem Rebstock ein geeigneter Standort
- 5 gefunden.“ Im dritten Absatz sowie die nachfolgenden Ausführungen vollständig gestrichen.

**Begründung:**

Bereits mit Bekanntwerden der Pläne einer Verlegung der Dippemess an den Rebstock regte sich in der Stadtbevölkerung deutlicher Widerstand, der anhand verschiedener Petitionen dokumentiert ist.<sup>2</sup> In der Magistratsstellungnahme zitiert man den Schaustellerverband Rhein-Main e.V. „Nach seiner Einschätzung ist der Standort zwar nicht optimal, aber durchaus möglich.“ Zwischenzeitlich haben sich die Schauersteller deutlich gegen den Standort positioniert.<sup>3</sup>

Die Messe Frankfurt, die die in Rede stehende Fläche für den Messebetrieb zwingend benötigt, hat sich nach anfänglicher Rücksichtnahme auf Ihren Gesellschafterkreis mit der Stadt Frankfurt und dem Land Hessen zunächst zurückhaltend geäußert, sich aber mittlerweile gegenüber der Stadt eindeutig ablehnend positioniert. Dem Vernehmen nach hat die Stadt Frankfurt mit Blick auf die Bedeutung

<sup>1</sup> <https://fdp-frankfurt.de/beschluss/realisierung-des-neubaus-der-europaeischen-schule-gruendliche-umzugsplanung-fuer-dippemess/>

<sup>2</sup> <https://www ffm.de/frankfurt/de/ideaPtf/45035/single/2190> 449 Unterstützer

<sup>3</sup> <https://www.change.org/p/dippemess-bleibt>

der Messe für den Wirtschaftsstandort Rhein-Main hier bereit ein Einsehen und prüft andere Standorte (u.a. Kaiserlei).

Es zeichnet gute liberale Politik aus, sich auf neue Entwicklungen einzulassen. Dies soll auch für die Öffentlichkeit sichtbar werden, in dem wir einen zwei Jahre alten Beschluss den aktuellen Gegebenheiten anpassen.